

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen  
Union Deutschlands

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt a.M., Bettinastr. 64, Tel. 77178/77906  
Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung  
Postscheckkonto: Frankfurt am Main 39967 - Bankkonto: Hessische Bank,  
Frankfurt a.M. 125739 beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutsch-  
lands.

Nr. 83, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a.M., 3. Mai 1949

Seite 1

Der Staatsanwalt hat das Wort.

Personelles

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat gegen den stellvertretenden Direktor der Hauptverwaltung Eisenbahn in Offenbach, Ministerialdirektor Kahl, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Kahl ist bis zum Abschluss des gerichtlichen Verfahrens von seinem Dienst beurlaubt worden.

Ministerialdirektor Kahl ist eifriger Parteigänger der SPD. Er war um 1933 Geschäftsführer der Brennstoffgesellschaft in Essen, einer Art Selbsthilfeorganisation der Eisenbahner für den Eisenbahndirektionsbetrieb. Da Kahl sich als geschickter Geschäftsmann bewährte, gab die Geschäftsführung anfänglich zu keinerlei Beanstandungen Anlass. Erst später stellte sich heraus, dass Kahl eine merkwürdige Buchführung bevorzugte, indem er zwischen fremden und eigenen Geldern nicht immer klar unterschied. Es kam zu einem Disziplinarverfahren, das mit der Dienstentlassung Kahls endete. Kahl legte gegen die Entscheidung der Dienststrafkammer Berufung bei dem Reichsdienststrafhof in Leipzig ein. Sie endete mit einem Freispruch mangels Beweise. Kahl hatte es geschickt verstanden, der Reichsbahn die Schuld zuzuweisen, der attestiert wurde, dass sie ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt habe. Kahl wurde wieder in Essen eingestellt, wurde aber bald darauf nach Köln versetzt.

Diese Vorgänge spielten sich zur Zeit der "Machtübernahme" ab. Die antifaschistische Einstellung von Kahl hatte schon in Essen der SA Veranlassung gegeben, ihn aus den Diensträumen zu entfernen. Da Kahl mit weiteren Schikanen rechnete, lehnte er den Dienstantritt in Köln ab und liess sich statt dessen pensionieren. Unter Berufung auf diese Vorgänge behauptet Kahl heute, er sei Opfer des Nazismus. Er verschweigt aber, dass es in Wirklichkeit kriminelle Dinge gewesen sind, die ihn bei der Reichsbahndirektion Essen unmöglich gemacht haben.

Dem nunmehr von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungsverfahren liegt jedoch ein anderer Vorgang zugrunde. Frau Kahl hatte widerrechtlich Obst aus des Nachbarn Garten geholt. In dem polizeilichen Strafverfahren behauptete Frau Kahl, dass es sich um gekauftes Obst gehandelt habe. Als Zeuge vernommen, berief sich Kahl auf den Leumund des Generaldirektor Busch. Die Gegenpartei berief sich dabei auf die oben geschilderten Vorgänge und bestritt die Glaubwürdigkeit Kahls. So stand Aussage gegen Aussage. Bei diesem Stand der Dinge wurde die Voruntersuchung einstweilen eingestellt, bis sie nunmehr von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf wieder eingeleitet wurde.

Es erhebt sich die Frage: Warum ist Kahl nicht unverzüglich von seinem Dienst zurückgetreten? Nach der früheren Beamtenauffassung wäre es seine Pflicht gewesen, sich im gleichen Augenblick beurlauben zu lassen, wo der Staatsanwalt das Verfahren gegen ihn eröffnete. Die andere Frage ist, warum er nicht von der HVE bis zum Abschluss des Verfahrens beurlaubt worden ist. Die Entfernung vom Dienst wäre nach Auffassung der Beamtenschaft innerhalb der HVE umso mehr erforderlich gewesen, als



Kahl als Leiter der Verwaltungsabteilung und als Referent für die höheren Reichsbahnbeamten an exponierter Stelle steht. Kahl hat sich lange Zeit geweigert, sich beurlauben zu lassen. Er hat vielmehr gedroht, er werde "auspacken", wenn er zur Beurlaubung gezwungen würde.

Kahl wird als Typ eines Hochstaplers bezeichnet, der niemals weiss, wo die Grenzen zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem sind. Sein Kraftwagen hat allein im Februar vorigen Jahres 9 000 km zurückgelegt, d.h. pro Tag rd. 300 km. Dieser Aufwand ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass der Dienstwagen von der ganzen Familie benutzt wurde.

Die beiden Söhne von Kahl wurden trotz Einstellungssperre bei der Reichsbahn eingestellt. Ungeachtet ihres jugendlichen Alters haben sie es zu Amtsstellungen (Oberinspektoren) gebracht, die normalerweise erst nach einer Reihe von Dienstjahren erreicht werden können.

Kahl hat, so wird weiter berichtet, einen kolossalen Frauenverschleiss. Er ist trotz seiner 60 Jahre den jungen Damen mehr zugetan als seinem Ansehen und seiner Gesundheit zuträglich ist. Nur seine robuste Natur erlaubt ihm seine Exzesse. Er himmt bei Betriebsfesten keinen Anstoss daran, sich zu betrinken und bei Frauen handgreiflich zu werden. Innerhalb der HVE sind die kleinen und grossen Skandalgeschichten um Kahl ein beliebtes Tagesgespräch.

Gleichgültig, wie das Verfahren gegen Ministerialdirektor Kahl ausgeht. Es muss erwartet werden, dass er in seine frühere Amtsstellung nicht mehr zurückkehrt.

Dr. Baumgartner braucht keine Devisen.

#### Aus den Parteien

Während sich der Landesvorsitzende der OSU, Dr. Müller, für seine kürzlich-erfolgte Reise nach Paris unter grössten Schwierigkeiten ein paar Dollars von der Militärregierung erbitten musste, konnte Dr. Baumgartner von der Bayernpartei grosszügig auf derartige Unterstützungen verzichten, da offenbar die Devisenlage der Bayernpartei für derartige Reisen ausreichend gesichert ist.

Die Brücke London-Hannover.

#### Aus den Parteien

Das Zusammenspiel zwischen der Labour-Party und der Sozialdemokratie ist bei den Auseinandersetzungen um das Bonner Grundgesetz in den letzten Wochen so offensichtlich geworden, dass auch dem Nichteingeweihten gewisse politische Hintergründe klar geworden sind. Dem Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Herbert Morrison folgt nun im Auftrage der Parteilexekutive eine Delegation, der u.a. der Vizepräsident des Bergarbeiterverbandes Watson, Abg. Hewitson und der aussenpolitische Theoretiker der Labour-Party, Denis Healy, angehören. Die Delegation weilt vom 28. April bis zum 5. Mai in Westdeutschland. Sie wird selbstverständlich auch Hannover besuchen.

Berliner zur Berliner-Blockade.

#### Berlin

Zu den Verlautbarungen über die Aufhebung der Blockade Berlins erklärte der Fraktionsvorsitzende der westberliner CDU, Prof. Landsberg, es genüge keineswegs den früheren Zustand für das isolierte Berlin wieder



herzustellen. Es dürfe nicht wie vorher nur eine Eisenbahnlinie aus Berlin in die Welt hinausführen, sondern die Bahnverbindungen nach Hamburg, München und Stuttgart müssten ebenfalls wieder in Betrieb genommen werden. Ausserdem müsse zwischen Berlin und Helmstedt eine international gesicherte Autostrasse bestehen, die einen Korridorcharakter tragen müsse.  
+Frankfurt

### Privater oder genossenschaftlicher Wohnungsbau?

#### Wohnungsbau

Die Bremer Bürgerschaft hat für den Wohnungsbau 30 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Das Bestreben der SPD, die dabei tatkräftig von der KPD unterstützt wurde, ging von Anfang an darauf hinaus, dem staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau den Löwenanteil an den Baukrediten zu sichern. Gegen diese Absichten hat die CDU-Fraktion energisch protestiert. In einer öffentlichen CDU-Kundgebung verwarfte sich das CDU-Mitglied der Bürgerschaft, Degener, entschieden gegen die beabsichtigte Benachteiligung der privaten Bautätigkeit, zumal noch keineswegs erwiesen sei, ob die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften billiger als der Privatmann bauten. Die CDU lehne es ab, dass der Staat immer mehr als Vermieter auftrete.

### Für zeitgerechte Besoldung.

#### Beamtenfragen

Nach einem Vortrag des Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes für Niedersachsen, Oberregierungsrat Hesse (CDU) in einer Fraktionssitzung der CDU forderte die Fraktion in einem Antrag an den Landtag die möglichst umgehende Neuordnung der Besoldung der öffentlichen Beamten und Angestellten. Als vordringlich wird die Beseitigung der sechsprozentigen Gehaltskürzung aus dem Jahr 1930/32 bezeichnet, zumal in Hamburg und Bremen diese Kürzung bereits rückgängig gemacht worden sei.

### Terminkalender.

Landtagsabgeordneter Dr. H. Toussaint, Essen, Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Landtages für Nordrhein-Westfalen, spricht am 11. Mai in Köln in einer Kundgebung des Wirtschaftsausschusses der CDU im Regierungsbezirk Köln zum gewerblichen Mittelstand.

---

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64  
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US-W-2065  
Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., IV/49/600  
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.